

**Referentenentwurf  
des Bundesministerium des Innern und für Heimat  
und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales  
eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung  
vom 17. Februar 2023**

**Stellungnahme**  
**des**  
**Bundesverbandes der Freien Berufe e. V.**

Berlin, den 7. März 2023

## I. Allgemein

Der Bundesverband der Freien Berufe e.V. (BFB) vertritt als einziger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe, darunter sowohl Selbstständige als auch Angestellte, in Deutschland. Allein die rund 1,47 Millionen selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler steuern 10,3 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Sie beschäftigen über 4,5 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – darunter ca. 129.000 Auszubildende.

Für die Freien Berufe ist die Fachkräftesicherung zentral, um auch künftig mit ihren Teams ihre Beiträge für Zukunftsaufgaben wie die Transformation, die Digitalisierung und die Dekarbonisierung leisten zu können. Angesichts der demografischen Entwicklung ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Alle Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind gefordert, dies als entscheidende Zukunftsaufgabe in den Mittelpunkt zu stellen.

Grundsätzlich begrüßt der BFB das Bestreben der Bundesregierung, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz zu modernisieren, bereits jetzt sind die Herausforderungen für die Fachkräftesicherung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland groß. Wie es auch im Referentenentwurf ausgeführt wird, betreffen Fachkräfteengpässe Unternehmen in einer Vielzahl von Branchen und Regionen. Sie zeigen sich in den Gesundheits- und Pflegeberufen, bei der Kinderbetreuung, in der IT-Branche, in Bau- und Ausbauberufen sowie in vielen weiteren Produktions- und Dienstleistungsberufen, und haben sich zu einem Risiko für den Wohlstand in Deutschland entwickelt. Dabei fehlen Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen und zunehmend auch Fachkräfte mit einem beruflichen Abschluss sowie erfahrene Arbeitskräfte. Aktuell fehlen den Freien Berufen in ihren Teams laut unserer Umfrage vom letzten Quartal 2022 rund 46.000 Auszubildende, 236.000 Fachkräfte und 60.000 Freiberuflerinnen sowie Freiberufler. Dies sind massive Lücken bezogen auf rund 4,5 Millionen Beschäftigte, darunter rund 129.000 Auszubildende. Damit verschärft sich der Fachkräftemangel in unseren Reihen nochmals deutlich, lag der Wert unbesetzter Stellen bei der letzten Befragung von Ende 2019 noch bei rund 300.000.

Unter den Lösungsansätzen, die von den Freiberuflerinnen und Freiberufler gesehen werden, ist auch die Erleichterung der Zuwanderung aus dem Ausland. Angesichts des Fachkräftemangels eine möglichst unkomplizierte und gezielte Eingliederung ausländischer Fachkräfte in den deutschen Arbeitsmarkt unterstützenswert.

## **II. Im Einzelnen**

Die Referentenentwürfe enthalten viele materielle Rechtsänderungen, die zusätzliche Zuwanderungsmöglichkeiten schaffen oder bestehende Regelungen erweitern. Diese Erleichterungen wie die Reduzierung der Gehaltsschwellen bei der Blauen Karte EU, die Vereinfachungen bei der Migration in Studium und Ausbildung sowie die Aufhebung von Zweckwechselverboten zwischen Aufhalten zu Bildungs- und Erwerbszwecken sind begrüßenswerte Schritte.

### **Angebote zur Vorbereitung auf das Leben in Deutschland bereitstellen**

Deutschland muss den Menschen bereits in ihren Herkunftsländern Angebote zur Vorbereitung auf das Leben in Deutschland zur Verfügung stellen, um bei den internationalen Fachkräften als attraktives Einwanderungsland dazustehen. Bisher liegt Deutschland hier anderen klassischen Einwanderungsländern hinterher, die Vorbereitungsangebote bereits zur Verfügung stellen.

Vor diesem Hintergrund sind Investitionen in den Aufbau eines breiten Vorintegrationsangebots in den Herkunftsländern zu empfehlen, darunter Beratungsangebote zu legaler Migration, Sprach- und Orientierungskurse sowie eine passgenaue Begleitung von den Herkunftsländern bis nach Deutschland. Davon würden der Arbeitsmarkt und die deutsche Wirtschaft profitieren.

### **Keine Qualitätsabstriche bei den Anerkennungsverfahren in den reglementierten Berufen**

Es ist begrüßenswert, dass das Instrument der Anerkennungspartnerschaft eingeführt werden soll. Dabei sollte das Konzept nach § 16d Abs. 3a AufenthG noch besser mit den anderen Aufenthaltstiteln (beispielsweise § 6 BeschV-E) und den Anforderungen von reglementierten Berufen abgestimmt werden.

Dabei gilt es bei der Prüfung von Berufsqualifikationen, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen sollte. Es geht darum, die Qualität und Bildungsniveaus zu sichern und keinen „race to the bottom“ bei Qualifikationen zu starten.

Gleichzeitig sollten die erforderlichen Visa-Verfahren beschleunigt werden.